



Metis

Studie

Biden / Harris 2020: Eine Vorausschau auf die sicherheitspolitischen Konsequenzen

Nr. 19 | September 2020

Metis Studien geben die Meinung der Autor*innen wieder. Sie stellen nicht den Standpunkt der Bundeswehr, des Bundesministeriums der Verteidigung oder der Universität der Bundeswehr München dar. Metis Studien richten sich an die politische Praxis. Sie werten Fachliteratur, Reports, Presstexte sowie Hintergrundgespräche mit Expertinnen und Experten aus Wissenschaft, Ministerien und Denkfabriken aus. Auf Referenzen wird verzichtet. Rückfragen zu Quellen können per Email an die Autor*innen gerichtet werden.

**Institut für
Strategie & Vorausschau**

Zusammenfassung

Ein Ende der Präsidentschaft Donald J. Trumps würde für Europa und Deutschland nicht nur die Möglichkeit bieten, das zerrüttete Verhältnis zu den USA zu kitten, sondern auch, an der zukünftigen Ausrichtung des Westens stärker

mitzuwirken. Durch frühzeitige Initiativen könnte Deutschland US-Forderungen nach mehr europäischer Verantwortung mitgestalten und dazu beitragen, die bestehenden Differenzen zwischen den Alliierten in transatlantischen Fortschritt umzumünzen.

Szenario: Biden im Weißen Haus

Joe Biden und Kamala Harris treten für die Partei der Demokraten gegen die aktuellen, republikanischen Amtsinhaber Donald J. Trump und Mike Pence bei der US-Präsidentschaftswahl am 3. November 2020 an. Für die vorliegende Studie wird die **Annahme eines Machtwechsels** getroffen. Die Autoren gehen vorausschauend der Frage nach, welche außen-, sicherheits- und verteidigungspolitischen Konsequenzen ein Sieg des Teams Biden / Harris hätte.

Bevor sich die Studie programmatischen Aussagen und geplanten politischen Initiativen in einigen aus deutscher und europäischer Sicht besonders bedeutsamen Politikfeldern und Regionen zuwendet, gilt es vorab kurz daran zu erinnern, dass sich in Bidens außen- und sicherheitspolitischem **Personaltableau** zahlreiche Personen finden, die bereits in den Obama-Administrationen die US-Außen- und Sicherheitspolitik mitgestaltet haben. Das verwundert nicht, denn es ist gute Tradition in den USA, die zweite Reihe vergangener Administrationen in Ämter in der ersten Reihe aufrücken zu lassen. Das dürfte auch in diesem Fall dazu führen, dass bereits bekannte Grundsätze und Prinzipien wiederkehren.

Der Blick nach innen

Sollte Joe Biden im Januar 2021 das Präsidentenamt antreten, so wird er sich auf lange Zeit und schwerpunktmäßig den gewaltigen **innenpolitischen Problemen und sozialen Verwerfungen** in den USA stellen müssen. Dies wird nicht nur die Aufgabe umfassen, das Vertrauen marginalisierter und desillusionierter

Bevölkerungsschichten in die geschwächten politischen Institutionen des Landes wiederherzustellen, sondern auch den Versuch, der Polarisierung der Gesellschaft zu begegnen und den geteilten *American Dream* von der Chance auf sozialen Aufstieg zu rehabilitieren. Der Impuls der *Black Lives Matter*-Bewegung wird dabei in politischen Reformen und Programmen münden, die die wirtschaftliche, soziale und rechtliche Marginalisierung und Diskriminierung benachteiligter Gruppen korrigieren sollen, etwa mit Blick auf soziale Ungleichheit, Polizeigewalt oder die Schieflage im Justiz- und Strafvollzugssystem. Neben Sozialreformen wird es für eine Biden-Administration auch prioritär sein, den immensen volkswirtschaftlichen Schaden, den COVID-19 in den USA bewirkt haben wird, zu reparieren und die Arbeitslosigkeit zu bekämpfen.

Der Versuch der Bewältigung all dessen wird Bidens Präsidentschaft zwangsläufig prägen. Die Slogans »**restoring democracy and economy**« sowie »**a house divided ... cannot stand**« spiegeln die Leitlinien wider, mit denen Biden dem von der Trump-Administration hinterlassenen Flurschaden in der Innenpolitik zu begegnen gedenkt.

Die Konsequenzen für das Außen

Trotz der unerlässlichen Konzentration auf die Innenpolitik, wird auch die Außenpolitik die neue Administration massiv fordern. Ohne die Wiederherstellung der eigenen Glaubwürdigkeit und tradierter Partnerschaften und Allianzen sind selbst die USA nicht dazu in der Lage, als Führungsnation des Westens globale Politik entscheidend zu beeinflussen.

In seinem Beitrag in „Foreign Affairs“ vom März 2020 deutet Biden an, was das bestimmende Thema seiner Außenpolitik sein wird: die **Systemkonkurrenz** zwischen Demokratien und Autokratien. Biden plant, bereits im ersten Jahr seiner Präsidentschaft eine Konferenz demokratischer Staaten einzuberufen, um deren Kooperationsfähigkeit zu stärken und den Einfluss von Autokratien zurückzudrängen. Hier deutet sich – zumindest in der aktuellen Wahlkampfrhetorik – ein politisches Grundsatzzprogramm an, in dem die Truman-Doktrin von 1947 widerhallt. Durch die Bekundung, die Kooperation unter Demokratien zu stärken, wird auch deutlich, dass eine Biden-Administration vom unilateralen Kurs Trumps abrücken wird. Dies schließt amerikanischen Unilateralismus in Zukunft natürlich nicht aus. Aber dieser dürfte eher im Sinne Madeleine Albright ausgelegt werden als gemeinsames Vorgehen dort, wo es möglich und Alleingänge dort, wo es nötig ist.

Der US-Fokus auf **China** als primärem autokratischem Kontrahenten wird unter Biden bestehen bleiben. Chinas Aufstieg und sein zunehmend selbstbewusstes globales Auftreten stellen aus US-Sicht eine **systemische Herausforderung** dar, der höchste politikfeldübergreifende Priorität zugeschrieben wird. Bei Klimawandel, nuklearer Nichtverbreitung und Gesundheitssicherheit sucht Biden die Kooperation. Aber mit Blick auf Chinas Ambitionen, regional und global Machtprojektion zu betreiben oder auch die internationalen Standards, Regeln und Institutionen des Digitalzeitalters zu bestimmen, kündigt er entschlossenen Widerstand an. Mit Blick auf die Machtbalance in der gesamten Asien-Pazifik-Region brachten Biden und sein Team jüngst auch vertiefte Kooperationen mit den demokratischen Allianzpartnern Australien, Japan und Südkorea ebenso wie eine Intensivierung der Zusammenarbeit mit Indien oder Indonesien ins Spiel.

Die Haltung gegenüber **Russland** dürfte sich, im Kontrast zum Schlingerkurs der Trump-Administration, durchweg verschärfen. Die vor dem Hintergrund russischer Aktivitäten der jüngeren Vergangenheit – man denke etwa an die Krim, die Ukraine, Giftanschläge und zahllose Informationsoperationen – im Wahlkampf anzutreffende Metapher lautet, man wolle »**Antikörper gegen autokratische Einmischung**« entwickeln.

Die Aufforderung an die **Europäische Union** wird demzufolge lauten, einerseits mehr zur eigenen Verteidigung und erhöhter Resilienz gegen hybride Einflussnahmen beizutragen, um die USA zu entlasten, andererseits die USA in ihrer Haltung gegenüber Autokratien wie China und Russland stärker zu stützen. Dazu könnte auch die explizite Erwartungshaltung gegenüber der EU gehören, mit Blick auf Ungarn oder die Türkei, aber auch den Iran sowie im Mittleren Osten und in Afrika mehr Verantwortung zu übernehmen. Die Biden-Administration wird zweifelsohne darauf abzielen, das zerrüttete

Verhältnis zu Deutschland, Frankreich und anderen Alliierten zu normalisieren und Gemeinsamkeiten wieder in den Vordergrund zu rücken. Da die US-Positionen im sich wandelnden transatlantischen Verhältnis auch unter Biden im Kern aber weitgehend gleich bleiben werden, ist eine grundlegende **Änderung nur im Ton, nicht in der Substanz** zu erwarten. Spielraum könnte sich aus europäischer Sicht allenfalls mit Blick auf das 2%-Ziel ergeben – nämlich dann, wenn eine andere Metrik dazu beitragen würde, die Verteidigungs- und Interventionsfähigkeit der NATO trotz sinkender Verteidigungshaushalte in Folge der Corona-Pandemie zu stärken. Ein deutscher Vorstoß zur Übernahme von 10% der Lasten innerhalb der NATO könnte einen solchen Impuls bereitstellen.

Wenn die Systemkonkurrenz „Autokratien vs. Demokratien“ die Außenpolitik einer Biden-Administration prägt, dann ist auch nicht auszuschließen, dass die **Rolle der NATO** als möglichem militärpolitischem Kern der von Biden avisierten *Coalition of Democracies* ins Zentrum der Diskussion rückt. Für die Europäer wäre damit erneut die Frage verbunden, ob sie die NATO weiterhin als rein transatlantische Institution verstehen wollen oder ob sie gegebenenfalls bereit wären, die NATO zu einer **globalen Allianz der Demokratien**, inklusive denen Asiens, zu transformieren.

In diesen Zusammenhang gehört die Erwartung, dass eine Biden-Administration mit Blick auf **militärische Interventionen**, insbesondere in der europäischen Peripherie, zurückhaltend bleiben dürfte. Biden hat bereits angekündigt, die Truppen aus den langjährigen Kriegen im Irak und in Afghanistan nach Hause zu holen. Es ist plausibel anzunehmen, dass seine Administration in Sachen Militärinterventionen ein »**leading from behind**« bevorzugen wird – erneut mit entsprechenden Implikationen für die europäischen Verbündeten in Sachen Lastenteilung.

Mit Blick auf das militärische Engagement der USA in **Afrika** ist zu erwarten, dass sich die Zusammenarbeit mit NATO-Partnern und regionalen Schlüsselstaaten auf die Bekämpfung terroristischer Gefahren konzentrieren wird und die USA womöglich sukzessive sogar mehr Verantwortung auf europäische Partner und die Afrikanische Union zu übertragen versuchen werden.¹ Eine Revitalisierung des US-Wirtschaftsengagements gegenüber Afrika ist demgegenüber allerdings denkbar, da zunehmende chinesische Investitionen schon aus der Logik der Systemkonkurrenz heraus eine aktive Rolle der USA notwendig erscheinen lassen.

Im **Nahen und Mittleren Osten** wird eine Biden-Administration für die weitere Normalisierung des

¹ Siehe „Afrika – der aufsteigende Kontinent?“, Metis Studie Nr. 10 (Februar 2019).



israelisch-arabischen Verhältnisses eintreten und sich der Zwei-Staaten-Lösung verschreiben. Zu viele Administrationen haben sich aber bereits verhoßen beim Versuch, eine dauerhafte Konfliktbeilegung zwischen Israel und den Palästinensern herbeizuführen. Ein erneuter Vorstoß ist hier nicht zu erwarten.

In den Bereichen **Klima- und Wirtschaftspolitik** hingegen zeichnen sich klare Kurswechsel ab. Biden hat bereits die Rückkehr der USA ins Pariser Abkommen angekündigt und außerdem das Ziel ausgegeben, die US-Wirtschaft bis 2050 zu dekarbonisieren. Auch eine Neuauflage der Verhandlungen zu einem gemeinsamen transatlantischen Wirtschaftsraum – mit dem Ziel, die wirtschaftliche Balance zu Asien zu halten – liegt im Bereich des Möglichen.

Was schließlich die **nukleare Rüstungskontrolle** betrifft, so will Biden – ungeachtet der zu erwartenden härteren Linie gegen Russland in anderen Politikfeldern – die Verlängerung des **NewSTART**-Vertrags anstreben, sollte diese bis zu seinem Amtsantritt nicht bereits beschlossen sein. Ein belebendes Signal in Richtung der multilateralen nuklearen Rüstungskontrolle wäre die Rückkehr der USA ins unter Präsident Obama abgeschlossene Iran-Abkommen, wie vom außenpolitischen Team um Biden und Harris für den Fall eines iranischen Entgegenkommens ebenfalls bereits deklariert.²

Fazit und Empfehlungen

Ben Rhodes, der einflussreiche stellvertretende nationale Sicherheitsberater und Berater für strategische Kommunikation von Barack Obama, forderte in einem Artikel in „Foreign Affairs“ vom September 2020, dass eine Biden-Administration nicht die außen- und sicherheitspolitischen Fehler der letzten 20 Jahre wiederholen dürfe. Er nennt hier unter anderem den seit September 2001 währenden Dauerkriegszustand, fragwürdige Engagements im Mittleren und Nahen Osten wie im Jemen-Krieg oder auch aus Menschenrechtsperspektive problematischen Partnerschaften mit Ländern wie Saudi-Arabien. Zugleich warnte er vor dem Versuch, das alte Selbstbild der USA als dem tugendhaften, siegreich aus dem Kalten Krieg hervorgegangenen Hegemon

wiederherstellen zu wollen. Das Land sei davon inzwischen zu weit entfernt, und der Rest der Welt habe sich ohnehin längst weiterbewegt.

Eine mögliche Präsidentschaft Bidens sollte also nicht mit Erwartungen überfrachtet werden. Es gibt **kein Zurück in vermeintlich gute alte Zeiten**. Und was die von Rhodes angemahnte Fehlervermeidung angeht, so wird dafür nicht zuletzt entscheidend sein, wie es einem Präsident Biden gelingt, sich zu tieferliegenden strukturellen Zwängen im internationalen System zu verhalten.

Vor diesem Hintergrund wird also auch eine Biden-Administration an ihre europäischen Alliierten und Partner zahlreiche Forderungen stellen und mehr Verantwortungsübernahme einfordern. Mit Blick auf NATO und EU ist damit erneut die Notwendigkeit zur Stärkung der deutsch-französischen Zusammenarbeit sowie das engere Einbeziehen Polens im Format des Weimarer Dreiecks unterstrichen. Und meint Europa es ernst mit Autonomie und eigenständiger Handlungsfähigkeit, dann wird gerade Deutschland zur Unterfütterung dieser Ziele um die Erhöhung der Einsatzbereitschaft der Bundeswehr und die Übernahme größerer Lasten nicht umhinkommen.

Für Europa und Deutschland dürfte eine Biden-Administration aber auch ein entgiftetes Gesprächsklima zur Folge haben, inklusive einem Ende von offenen Konfrontationen, Sanktionsdrohungen und Beschuldigungen. Für Deutschland bietet eine Rückkehr der USA zum multilateralen Institutionalismus zudem neue Einflussmöglichkeiten und die Chance, im Verbund mit anderen Demokratien für Sicherheit und Frieden, eine regelbasierte Weltordnung, die Einhaltung internationaler Verträge, den Schutz von Menschenrechten und des Klimas einzutreten.

Ein kluges **Signal der Europäer an die USA** wäre, einer Biden-Administration bereits frühzeitig ein Angebot zu unterbreiten, in welchen Bereichen EU- und NATO-Staaten in Europa bereit zu mehr Verantwortungsübernahme wären. Deutschland sollte einen solchen Prozess frühzeitig initiieren und nicht darauf warten, mit welchen Forderungen die USA unter Biden die Europäer konfrontieren. 

² Siehe „Nukleare Rüstungskontrolle in der Krise“, Metis Studie Nr. 18 (August 2020).



Metis Publikationen

Bisher ebenfalls erschienen und zu finden auf der Metis Website unter metis.unibw.de



IMPRESSUM**Herausgeber**

Metis Institut
für Strategie und Vorausschau
Universität der Bundeswehr
München
metis.unibw.de

Autoren

Dr. Konstantinos Tsetsos,
Prof. Dr. Carlo Masala,
Dr. Frank Sauer
metis@unibw.de

Creative Director

Christoph Ph. Nick, M. A.
c-studios.net

Bildnachweis

Titel: ungvar/shutterstock.com

ISSN-2627-0587

Dieses Werk ist unter einer Creative Commons Lizenz
vom Typ Namensnennung – Nicht kommerziell – Keine
Bearbeitungen 4.0 International zugänglich.

